

Meine Woche im Bayerischen Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

weniger Stromleitungen, mehr Photovoltaik und ein eigenes Wasserstoffzentrum für Bayern: Energieminister Hubert Aiwanger hat vergangene Woche im Landtagswirtschaftsausschuss seine Marschroute zur künftigen Energiepolitik Bayerns vorgestellt. Es wird bereits nach acht Monate seit ihrem Start **die Handschrift der FREIEN WÄHLER in der Koalition deutlich**. Wir wissen es sehr zu schätzen, dass unser stellvertretender Ministerpräsident auf Bundesebene in kürzester Zeit einen Kompromiss zum Bau der umstrittenen Stromleitungen erzielen konnte. **Das ist ein großer Erfolg und entlastet besonders die Bürger in Nordbayern**. Doch bis zur vollständigen Bewältigung der Energiewende gibt es noch viel zu tun **Die Schaffung eines eigenen Wasserstoffzentrums zeigt, dass wir viele verschiedene Technologien einsetzen müssen, wenn wir die Energiesektoren Wärme, Strom und Mobilität für einen besseren Klimaschutz miteinander verzahnen wollen**.



*Wolfgang Hauber, MdL
Innenpolitischer Sprecher*

Unterm Strich kombinieren wir auf diese Weise sichere, bezahlbare, umwelt- und klimafreundliche Energie mit einer möglichst dezentralen Wertschöpfung und Erzeugung vor Ort. **Wir FREIE WÄHLER wollen den Schutz von Mensch und Natur mit den Anforderungen an einen modernen Wirtschaftsstandort von Weltrang unter einen Hut bringen – das sind wir nachfolgenden Generationen schuldig**.

Rückblick



Erschüttert hat mich die Jahresstatistik „**Gewalt gegen Polizeibeamte 2018**“. Es ist schlimm, dass der Respekt gegenüber Amtspersonen in den letzten Jahren immer stärker abgenommen hat und Gewalt gegen Polizeibeamte zunimmt – darunter nicht nur verbale Entgleisungen, sondern auch Körperverletzungen und sogar Tötungen. **Ich persönlich und wir FREIE WÄHLER beobachten diese Entwicklung mit großer Sorge. Den Anstieg des Widerstands gegen Polizeivollzugsbeamte verurteilen wir aufs Schärfste, hier wollen wir handeln.** Gerade vor einer weiteren Zunahme von Angriffen mit Stichwaffen muss unsere Bayerische Polizei mittels geeigneter Ausrüstung geschützt werden – stichsichere Schutzwesten und schnittfeste Handschuhe sind hier das Mittel der Wahl. Außerdem begrüßen wir den **deeskalierenden Einsatz von Bodycams** – anlassbezogen und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Voraussetzungen. Polizistinnen und Polizisten stellen sich täglich neuen Herausforderungen zur Gewährleistung unserer Sicherheit. **Es ist höchste Zeit, dass ihnen die gesamte Gesellschaft entsprechende Wertschätzung entgegenbringt.**



Die FW Landtagsfraktion macht sich auch für digitale Bildung an Bayerns Schulen stark – und löst damit ein weiteres Politikversprechen ein. Auf Einladung der Fraktion versammelten sich Zukunftsgestalter aus Schule, Wirtschaft und Politik im Maximilianeum. Fazit: Dazu benötigen wir in ganz Bayern schnelles Internet – insbesondere im ländlichen Raum. Schulen müssen flächendeckend mit einem belastbaren WLAN ausgestattet werden und **Lehrern wollen wir ausreichend Anrechnungsstunden** für die Zeit geben, in der sie sich um Wartung und Pflege der IT-Ausstattung kümmern. **Über eine Milliarde Euro will Minister Piazzolo für die digitale Bildung ausgeben** und u.a. 50.000 digitale Klassenzimmer errichten, die Lehrerfortbildung vorantreiben. Eins ist uns dabei besonders wichtig:

Die Technik hat der Pädagogik und Didaktik zu dienen – im Mittelpunkt steht das Entwicklungspotential der Schülerinnen und Schüler. Einen Videobericht zum Thema finden Sie hier: <https://is.gd/a3wEgQ>



Geärgert haben wir uns in der zurückliegenden Woche über Bundesfinanzminister Olaf Scholz. Ausgerechnet der Vizekanzler – ein Sozialdemokrat – will das Sozialprojekt „**Wohnraumförderung**“ um ein Drittel zusammenstreichen. Wir FREIE WÄHLER sind uns dagegen mit unserem Koalitionspartner einig: Schon wegen des immer dringenderen Kampfs gegen die Wohnungsnot in den Metropolregionen Deutschlands **muss der Bund seine Mittel zur Wohnraumförderung**

verstetigen – so wie es in Bayern seit Jahren selbstverständlich ist. Die geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt würden für den Freistaat einen Ausfall von rund 80 Millionen Euro bedeuten – Scholz muss das korrigieren. Zugleich begrüßen wir die Verabschiedung einer Änderung des Einkommensteuerrechts durch den Bundesrat. Durch die nun möglichen höheren Abschreibungen für Mietwohnungen werden entsprechende Investitionen attraktiver. Wenigstens an dieser Stelle sind wir also für die Zukunft gewappnet.



Kann ich der Ende-zu-Ende-Verschlüsselung bei WhatsApp, dem Facebook-Messenger oder Instagram-Nachrichten noch trauen? Liest wirklich kein Geheimdienst, keine NSA – und bitte schon gar nicht die Chinesen – mit? **Wir setzen uns für sichere digitale Kommunikation und den Schutz von Geschäftsgeheimnissen und Kundendaten ein – und können einen ersten Erfolg vermelden:** Nach breiten Protesten aus Gesellschaft und Wirtschaft hat das Bundesinnenministerium kürzlich klargestellt, keine Verschlüsselungsverbote oder technische Hintertüren bei Messenger-Apps einführen zu wollen. Wir FREIE WÄHLER begrüßen, dass die Bundesregierung somit weiterhin an dem wichtigen **Prinzip ‚Sicherheit durch Verschlüsselung und Sicherheit trotz Verschlüsselung‘** festhält.

Erfolgreiche Schläge gegen Darknet-Plattformen zeigen, dass unsere Ermittlungsbehörden und Nachrichtendienste dem kriminellen Missbrauch von Verschlüsselung mit einer Kombination aus klassischer Ermittlung und High-Tech erfolgreich entgegentreten können. **Wir fordern daher, dass die angekündigte gesetzlich geregelte Ausnahme für staatliche Zugriffe keine technische Schwächung der in Deutschland verfügbaren Verschlüsselungstechnologien herbeiführen darf und die Sicherheitsbehörden so ausgestattet werden, dass sie ihren verfassungsgemäßen Auftrag, bundesweit für staatliche Sicherheit zu sorgen, gerecht werden können.“**



Das Streikrecht ist ein wichtiges und hehres Recht für Arbeitnehmer, keine Frage. Aber musste, wie letzte Woche bei der MVG in München, gleich der erste Warnstreik den *kompletten* U-Bahnverkehr lahmlegen? Die Forderungen der rund 1.300 MVG-Mitarbeiter sind im Grundsatz nachvollziehbar. **Nicht nachzuvollziehen ist allerdings, warum rund 1,5 Millionen Menschen an einem Werktag um ihr mit Fahrkarten erkaufte Recht betrogen werden, mit U-Bahn, Bus und Tram zur Arbeit zu pendeln, zum Arzt zu fahren oder ihre Kinder zur Schule zu bringen.** Die Menschen in und um München müssen sich auf einen funktionierenden ÖPNV verlassen können und dürfen nicht zur Durchsetzung monetärer Interessen in Geiselnhaft genommen werden. Hier ist das Streikrecht deutlich über Gebühr beansprucht worden. Erfreulich ist aber, dass viele Betroffene das Fahrrad als attraktive Alternative zu öffentlichen Transportmitteln entdeckt haben – manchmal braucht man halt doch nur den berühmten „Plan B“...



Jeder von uns kann im Laufe seines Lebens durch widrige Umstände in eine soziale Notlage geraten. Kein Dach mehr über dem Kopf zu haben, ist eine extreme Form davon. **Uns FREIEN WÄHLERN ist es daher wichtig, dass sich die Staatsregierung der Wohnungs- und Obdachlosen intensiv annimmt.** Die grundsätzliche Zuständigkeit bei Beratungs- und Unterstützungsangeboten für wohnungslose Menschen liegt bei den Kommunen

– den Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken, sodass immer auch **örtliche Bedarfe Berücksichtigung finden sollen**. Dennoch wollen wir die Kommunen mit dieser Aufgabe nicht allein lassen. Mit unserem Koalitionspartner haben wir vereinbart, die Stiftung „Obdachlosenhilfe Bayern“ zu gründen. Dafür sind in den kommenden zwei Jahren **insgesamt fünf Millionen Euro eingestellt worden**. Mit den Stiftungsmitteln werden wir aktive finanzielle Hilfe leisten – und zwar dort, wo sie gebraucht wird: in den Beratungsstellen, den Koordinierungsstellen der Wohnungslosenhilfe, bei der Bahnhofsmiessionsarbeit und Modellprojekten. Das soziale Netz in Bayern ist eng geknüpft; wer arm ist oder seine Arbeit verliert, der erhält Unterstützung vom Sozialamt. Doch die Realität ist auch: Die üblichen Mechanismen der Auffanghilfe greifen bei von Wohnungslosigkeit bedrohten oder betroffenen Menschen nur selten. Ihnen fällt es häufig schwer, bei Behörden um Hilfe zu bitten. Gerade deshalb dürfen wir diese Menschen mit ihren Problemen nicht allein lassen.



Noch so ein Schlag in die Magengrube – der **Tierskandal bei einem Milchviehbetrieb im Unterallgäu hat uns erschüttert**. Einem kranken Rind gegen den Kopf zu treten oder Tiere auf irgendeine andere Weise zu traktieren, ist eine Gemeinheit und durch nichts zu rechtfertigen. Und es ist für jeden verantwortungsbewussten Landwirt ein absolutes Tabu. Sollten sich die schweren Vorwürfe gegen den Milchviehbetrieb in Bad Grönenbach bestätigen, müssen die **Verantwortlichen rigoros bestraft** werden. Dankenswerterweise hat Umweltschutzminister **Thorsten Glauber** sofort reagiert, die Staatsanwaltschaft ermittelt. Vergessen wir jedoch nicht, dass die überwältigende Mehrheit bayerischer Milchviehbetriebe mit solchen Machenschaften nichts zu tun hat und trotz gewaltigen wirtschaftlichen Drucks das Tierwohl selbstverständlich in den Mittelpunkt stellt. Verschärfte Kontrollen sollten daher vor allem bei Betrieben durchgeführt werden, die bereits mehrfach einschlägig in Erscheinung getreten sind.

Unterwegs in Mittelfranken

Im Bereich der Pflege verleiht das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege **die Auszeichnung „Weißer Engel“** insbesondere an Personen, die sich durch **vorbildhafte häusliche Pflege** verdient gemacht haben. **Diese Woche wurden Inge Holderied und Gerda Kipfmüller aus Gunzenhausen geehrt. Herzlichen Glückwunsch!**



Unterwegs war ich diese Woche in Mittelfranken auch mit **unserem Umweltminister Thorsten Glauber** und dem Leiter des Wasserwirtschaftsamtes Ansbach, Thomas Keller. **Wir besichtigten die ökologische Umgestaltung der mittleren Altmühl - ein Vorzeigeprojekt für Artenvielfalt Hochwasserschutz.**



Im Rahmen **meiner Dialogreihe mit den örtlichen Vereinen** hatte ich diese Woche ein ausführliches Gespräch mit dem Vorstand der **DLRG Ortsverband Weißenburg e.V.**. Dieser Verein wurde 1963 gegründet und hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Bevölkerung vor den Gefahren am und im Wasser zu bewahren und dort kompetente Hilfe zu leisten, wo sie benötigt wird.



Vielen Dank an den 1. Vorsitzenden Felix Baumann, den stv. Vorsitzenden Peter Stengel und die Kassierererin Nirin Anushek für das sehr offene Gespräch und die interessanten Einblicke in das Vereinsleben.

Das war´s soweit für heute. Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie eine schöne und erfolgreiche Woche! Und genießen Sie das sonnige Wetter.

Euer Wolfgang Hauber

Impressum

Wolfgang Gräf, Presse, Medien & Kommunikation, Bürgeranfragen

V.i.S.d.P.:

Abgeordnetenbüro Wolfgang Hauber

Innenpolitischer Sprecher

Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag

Bahnhofstraße 19, 91781 Weißenburg

Tel.: 09141 / 99 70 170, Fax: 09141 / 99 70 172

Email: wolfgang.hauber@fw-landtag.de

Homepage: www.mdl-wolfgang-hauber.de

Facebook: www.facebook.com/hauberwolfgang/

Instagram: www.instagram.com/hauberwolfgang/

Twitter: www.twitter.com/@HauberHauwei
